

LinksBlick



Kreisverband und Kreistagsfraktion DIE LINKE. Teltow-Fläming

1. September - Weltfriedenstag

Kaum noch auffällig ist der 1. September in vielen gedruckten Kalendern ohne Untertitel und Hinweis auf bedeutende Ereignisse. Warum das so ist, soll nicht näher beschrieben werden, vielmehr wird darauf Wert gelegt, diesen Tag zu würdigen. Dabei bekenne ich, nicht zu den Stimmungsmachern zu zählen, die von sich und anderen Zeitgenossen behaupten, früher sei alles verordnet oder zumindest angewiesen worden. Friedenswille, Solidaritätsgedanken wären mehr oder weniger oberflächliche Lebensäußerung. Auch wenn es nicht erst gestern geschehen, ist die Erinnerung an Hilfeleistungen für andere Länder recht groß, über den Frieden wurde nicht selten diskutiert und überhaupt, das Ende des Kalten Krieges: Was hat es für die Menschen gebracht. Mehr Frieden nach innen und außen, mehr Sicherheitsgefühl für Lebensperspektive?

Der „Hauptgegner“ ist verschwunden, die politische Karte Europas hat weder Nahtstellen noch Trennlinien, die freiheitliche Entwicklung für fast alles hat schon wieder Jubiläumskarakter. Der Streit über Mauerbau und Stalinismus ist nach wie vor in der Fehlerdiskussion oder Bekennungsphase. Und es ist auch richtig

und wichtig, die Opfer von Politik zu würdigen, die aus Fehlentscheidungen oder Folgezwängen resultieren. Kann der Kalte Krieg Rechtfertigung für soziale Konflikte sein? Wäre doch eine spannende Diskussion in der Mitgliederversammlung oder im Biergarten. Wie sieht der Frieden aus, wenn er Priorität hat? Wie hoch ist der soziale Preis für die überhaupt längste Friedensperiode in Mitteleuropa und gleich dazu, wer hat wie viel dafür bezahlt? Wenn es darum geht, wird uns die Meinungsvielfalt richtigerweise wohl überraschen.

Für noch mehr Zuspitzung sorgt die beklemmende Angst darüber, wie schicksalhafte Ereignisse die Lebensverhältnisse in Hauptländern des Kapitals in Gefahr bringen. Im Übrigen kann vielleicht jemand erklären, wie Ratingagenturen über Grundfragen von Staatspolitik entscheiden (können). Wo ist der Funktionsmechanismus von bürgerlicher Demokratie und Wirtschaftskontrolle des Staates? - Beides kaum erklärbar.

Der Friede(n) beginnt immer im eigenen Haus. Der Weltfrieden startete mit dem inneren Frieden der Staaten. Von Karl Jaspers stammt die Einschätzung
Fortsetzung auf Seite 2

Teltow-Fläming im Bild

Jede Ausgabe unserer Zeitung hat ein neues Bild aus Teltow-Fläming. Wer erkennt den Ort der Aufnahme?



Auflösung des Bilderrätsels der letzten Ausgabe

Seite 8

Zitiert ...

Das Unglück ist,
dass jeder denkt,
der andere ist wie er,
und dabei übersieht,
dass es auch
anständige Menschen gibt.

Heinrich Zille

DIE LINKE.

Fortsetzung von Seite 1

zung, dass Friedlosigkeit in der Innenpolitik auch den Frieden in der Außenpolitik unmöglich macht. Es gibt folglich nur einen Weg zu Sicherheit und zum Frieden: Den Weg der übernationalen Organisation.

Stellt man die innenpolitische Lage der Länder Europas in das Zentrum der Bewegungsanalyse, fällt zuerst auf, dass für den inneren Frieden die geringsten Anstrengungen seit Ende



des Kalten Krieges unternommen wurden. Die sozialen Gegensätze wuchsen, das Sozialismusbeispiel fehlte. Kurz gesagt, der Staat als Machtorgan hat seine selbst ernannte regulierende Machtfunktion nicht eingesetzt, hat die Ausbeutung nicht blockiert und die soziale Ungerechtigkeit nicht abgebaut. Äußere Erscheinungsbilder waren und sind Generalstreiks in Athen und Plünderungen in England sowie soziale Unruhen auf anderen Kontinenten. Fazit für namhafte Wirtschaftssoziologen ist, dass die krisenbedingten Sparmaßnahmen die Regierungspolitik lähmen. In Israel wurde ein Sozialstaat gefordert.

Wenn wir das Kalenderblatt für den Weltfriedenstag am 1. September aufschlagen, lebt Europa, leben wir in Gesellschaften des Abstiegs. Das scheint gemessen an Lebensbedingungen in Deutschland übertrieben, aber bestimmt nur auf den ersten Blick.

Jürgen Akuloff,
Luckenwalde

„Den Kindern gehört die Zukunft“

„El futuro pertenece a los niños“ – Unter dieses Motto stellen Martine und Karl Schilp aus dem Saarland ihre diesjährige Solidaritätsaktion „Hilfe für Cuba“.

Langjährigen Lesern unseres „LinksBlick“ sind Schilps bereits bekannt, da sie seit Jahren ihre Lebensaufgabe darin sehen, Hilfsgüter für das Gebiet Holguin zu sammeln und dorthin zu schicken. Sie haben auch nicht aufgegeben, als Martine im vorletzten Jahr schwer erkrankt ist und beide die dringend benötigten Spenden nicht mehr selbst überbringen konnten. Seit 21 Jahren sammeln sie Medikamente, Verbandsmaterial, Bleistifte, Kugelschreiber, Kinderbekleidung u.v.m. . Im November 2010 schickten sie 10,8 Tonnen Hilfsgüter nach Holguin, dieses Mal auch mit Unterstützung der kubanischen Botschaft. Wie wichtig diese Hilfe für Kuba ist, wird in einem Dankschreiben der Botschaft an Martine und Karl deutlich, in dem es u.a. heißt:

„Die Lebensqualität einer großen Zahl von Kubanern hat sich dank der Spenden, die Sie für unser Land gesammelt und versandt haben, wesentlich verbessert ...“.

Kuba leidet immer noch unter den Folgen dreier Hurrikans und vor allem unter der über 50 Jahre dauernden eisernen Wirtschafts-, Handels-, und Finanzblockade seitens der kapitalistischen Staaten mit den USA an der Spitze. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise verschärft die Situation zusätzlich. Kuba hat in den letzten Jahren einige Maßnahmen durchgeführt, um die eigene Produktion anzukurbeln, vor allem die Landwirtschaft. Dennoch braucht das Land unsere Hilfe.

Schilps haben sich an unseren Kreisverband DIE LINKE gewandt mit der Bitte um Unterstützung. Sie gehen davon aus, dass sie wieder ca. zehn Tonnen an Hilfsgütern sammeln werden. Aber die Transportkosten können sie unmöglich allein tragen,

sie sind keine Millionäre, sondern arbeitende Menschen wie viele. Deshalb bitten sie auch uns um Geldspenden auf die Bankverbindung:

Postbank Saarbrücken,
BLZ: 59010066,
Kontonummer: 20282666.

„Auch über die Zusendung von Kinder- und Heranwachsendenkleidung, natürlich nur Sommersachen, Nähzeug und Seife würden wir uns sehr freuen. Cuba zu helfen haben wir uns als Lebensaufgabe gemacht und dies sehen wir als Sozialisten als unseren Sinn des Lebens“, schreiben sie.

Sachspenden können an folgende Adresse geschickt werden:

Karl und Martine Schilp
Nußbaumstr. 34
66121 Saarbrücken
*Helfen wir den kubanischen Kindern,
jeder Cent zählt.*

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Am 23. Juli 1991 wurde im Vorstand der PDS die Arbeitsgemeinschaft Cuba Si gegründet. Im Prozess des Entstehens der Solidaritätskampagnen „Milch für Kubas Kinder“ und „Kuba muss überleben“ schlossen sich in Berlin immer mehr ehrenamtliche Helfer der AG an. Dies führte zur Bildung des Koordinierungsrates der AG Cuba Si beim Parteivorstand (im weiteren Cuba Si-Koordinierungsrat) mit Sitz im Berliner Karl-Liebkecht-Haus.

Die politische und materielle Solidarität mit dem sozialistischen Kuba ist Grundanliegen und wesentlicher Inhalt der Tätigkeit des Cuba-Si-Koordinierungsrates. Dabei versteht sich der Cuba-Si-Koordinierungsrat als Teil der internationalistischen Bewegungen gegen Krieg, Neoliberalismus, Faschismus, Ausbeutung und Ausgrenzung. Der Kampf für eine gerechte Welt, für den Frieden, die sozialen und demokratischen Menschenrechte, die Bewahrung der Umwelt und das Recht der Völker, selbst über ihr Schicksal zu entscheiden, bestimmt ihr politisches Wirken. <

Chinas Bildungswesen auf dem Vormarsch

von Dr. Ulryk Gruschka

In keinem anderen Land der Welt wird der Entwicklung des Bildungssystems solche Bedeutung beigemessen wie in der VR China. An der jüngsten Pisa-Studie hat mit der Stadt Shanghai zum ersten Mal auch eine Region aus der VR China teilgenommen und landet prompt auf Platz 1, gefolgt von Südkorea und Hongkong. Das hat insofern überrascht, als dem chinesischen Bildungswesen Drill und stupides Büffeln nachgesagt wird.

Doch Pisa testet auch Sprachempfinden, das Finden von Lösungsstrategien und mathematischen Denkfähigkeiten. In sämtlichen Kategorien landeten Shanghaier Kinder auf dem ersten Platz. Dieses Ergebnis lässt sich nicht allein auf alte Lerntraditionen, die es zweifellos gibt, zurückführen, sondern der chinesische Staat misst der Bildung insgesamt große Bedeutung bei.

Allen Menschen soll gleichberechtigt eine allseitige Bildung und Erziehung zuteil werden. So beginnt der Unterricht schon in sehr frühem Alter. Über 90% der Kinder besuchen Kindergärten und Vorschulen. Die vorgeschriebenen neun Jahre Schulpflicht werden landesweit eingehalten. Immer noch weit über 90% der Jugendlichen besuchen danach noch eine höhere Mittel- oder Berufsschule. Was die Zahl der Studienanfänger betrifft, hat China erstmals 2010 die Zahl derer in der EU, den USA und Japan zusammengenommen übertroffen. Das macht sich auch im Staatshaushalt bemerkbar. So gibt China inzwischen mehr Geld für Bildung aus als Europa und die USA gemeinsam.

So sehr China vielerorts immer noch als verlängerte Werkbank des Westens wahrgenommen wird – ausländische Firmen haben erkannt, wie viel China in die Bildung investiert. Dabei setzt die chinesische Regierung vor allem auf industrielle Forschung, so wurden die Forschungsausgaben von derzeit 1,4% des Bruttoinlandsproduktes auf 2,5% er-

höht. Zugleich verpflichtet sie ausländische Investoren, in China nicht nur Montagehallen zu errichten, sondern auch Forschungseinrichtungen.

Bis vor Kurzem wurden die Forderungen als Knebelverträge angesehen, mit denen Knowhow verloren geht. Inzwischen bauen viele freiwillig, denn sie haben das Land als Entwicklungsstandort mit vielen wissbegierigen und exzellent ausgebildeten Forschern entdeckt. In den Verträgen, die beim Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten im Juni 2011 in Berlin abgeschlossen wurden, ist festgehalten, dass Daimler-Benz in Beijing ein Forschungszentrum errichtet. Insgesamt hat sich die Zahl der ausländischen Forschungszentren innerhalb von vier Jahren von 900 im Jahre 2006 auf über 1.400 erhöht.

Zum Jahreswechsel 2010/11 vermeldete Eurosstat, dass China erstmals bei Leistungen in der Forschung und Entwicklung zum Nettoexporteur gegenüber der EU geworden ist. Weltweit entfällt inzwischen ein Achtel aller Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Welt auf China. Zudem hat China die USA bei der Zahl der eingereichten Patente überholt.

Die Intention Chinas ist klar und ist auch aus allen Dokumenten von Partei und Regierung klar zu erkennen: Es geht um die Entwicklung der ökonomischen Basis für eine entwickelte sozialistische Zukunft. Das geht nur, wenn die ökonomische Entwicklung mit High-Tech-Produkten mitbestimmt wird, und das auf breiter Basis. Chinas Ziel ist es, die Abhängigkeit von Technologie aus dem Ausland von derzeit 60% auf 30% zu senken. Der Prozentsatz von Hochtechnologieprodukten an der industriellen Wertschöpfung soll von derzeit 14% auf 28% klettern. Bis 2020 möchte China zu einem der innovativsten Länder der Welt aufsteigen. China hat alle Bedingungen, auch dieses Ziel zu erreichen. <

Raubtier Kapitalist

„Rügen Feinkost bald aus dem Westen“ – so titelt „Neues Deutschland“ am 16. August 2011 auf „Seite Drei“. Ist die größte deutsche Insel in den Westen – also in die Nordsee – verschoben worden?

Die Fakten: Am 1. August 2011 übernahm die westdeutsche Homann-Gruppe „Rügen Feinkost“, einen Betrieb, der ins Schlingern geraten war. Einen Tag später verkündet der Homann-Geschäftsführer, dass das Rostocker Werk zum 31. August 2011 geschlossen werde. Das ist das Aus für 90 Beschäftigte. Die Homann-Gruppe hat, was sie wollte: Die Konkurrenz ist ausgeschaltet, die Marke wird an westdeutschen Standorten weitergeführt. Die dortigen Werke erhalten so „eine größere Auslastung“. „So sichern wir Arbeitsplätze“, sagte der Pressesprecher der HK-Food-Gruppe, Homann gehört dazu. Die 90 Rostocker, meistens Frauen zwischen 40 und 50 Jahren, spielen in seinen Überlegungen keine Rolle.

Homann hat leichtes Spiel. Nur drei der Entlassenen sind in der Gewerkschaft. Nun wird mit jedem einzelnen um eine Abfindung verhandelt. Gewerkschaftsvertreter gehen von maximal 500,- Euro für jeden aus. Es wird keinen Kampf gegen diese Unternehmerentscheidung geben. Die Arbeiter hatten sich schon vorher aufgegeben und geglaubt, so ihren Arbeitsplatz zu sichern. Es gab weder einen Tarifvertrag noch einen Betriebsrat. Wehrlose Arbeiter – ohne Gewerkschaft – sind billiges Kapitalistenfutter. Die Ware Arbeitskraft wird gekauft und „freigesetzt“, wie es den Millionären, die sich die Werke zusammenkaufen, passt.

Wer „Rügen Feinkost“ kauft, hat kein regionales Produkt aus Mecklenburg-Vorpommern im Einkaufswagen. Bei wie vielen Produkten ist das noch so?

Ingrid Köbke, Nuthe-Urstromtal

Sommertour im Wahlkreis

Im Rahmen meiner Sommertour kam ich auch in diesem Jahr mit Bürgerinnen und Bürgern meines Wahlkreises ins Gespräch.

Nach einem Besuch in der Saftmosterei Hohenseefeld traf ich in der Gemeinde Werbig im Niederen Fläming Ernst Werner in der dortigen Dorfkirche. Hier sind die Handwerker von Oehmland noch kräftig am Werk und es ist noch viel zu tun, damit die Orgel wieder ihren angestammten Platz einnehmen kann. Der neue Glockenturm hat diesen schon gefunden. Zum Dorffest 2009, an dem ich teilnahm, wurde die Spendenaktion für den Glockenturm begonnen - zwei Jahre später dieses zufrieden stimmende Bild. Ich war sehr beeindruckt - auch vom großen ehrenamtlichen Engagement der Werbiger Bürger, Sponsoren und der Gemeinde.

In der Gemeinde Niedergörsdorf besuchte ich das Freibad in Oehna. Die neuen Baumaßnahmen für die Kleinkinderbecken waren das aktuelle Highlight. Hoffentlich kommt schnell die Genehmigung zur Nutzung des Beckens - so die erwartungsfrohen Muttis mit ihren Kleinkindern. Auch die Handschrift von SIK-Holz ist im Freibad deutlich zu erkennen. Die großen Palmenwedel und Holzelemente sind einfach unverwechselbar. Schnell sprach sich herum, dass wir frisch gebackenen Kuchen dabei hatten, den wir gern an die Kinder und jungen Familien gaben. Edeltraud Liese unterstützte uns mit frisch gebrühtem Kaffee.

Auch der Bürgermeister der Gemeinde Niedergörsdorf, Herr Rauhut, gesellte sich später zu uns und wir kamen ins Gespräch über die Beiträge für altangeschlossene Grundstücke, über den Bürgermeisterwahlkampf in der Stadt Jüterbog, die Notwendigkeit, auch zukünftig das Freibad durch die Gemeinde unterhalten zu können, und die aktuellen Probleme der SWFG.

In Jüterbog wurde der Infostand

auf dem Marktplatz aufgestellt und gemeinsam mit der Bürgermeisterkandidatin der LINKEN, Maritta Böttcher, stellten wir uns den Fragen der Jüterboger.

Auch die diesjährige Landtour hat gezeigt, dass die Bürgerinnen und Bürger von der LINKEN erwarten, dass sie nah an den Menschen sind, ansprechbar, streitbar und immer mit einem offenen Ohr für Sorgen und Nöte.

Zu der Berichterstattung der Märkischen Allgemeinen ergänzt Gabi Pluciniczak, die das erste Mal an der Sommertour teilnahm: „Beeindruckt hat mich der hohe Bekanntheitsgrad unserer Landtagsabgeordneten, Kornelia Wehlan. Ihre Fachkompetenz und die Nähe zu ihren Wählern, das offene Ohr und die Gewissheit, dass die Probleme im Nachgang der Sommertour nicht vergessen, sondern bearbeitet werden, sind in den Gesprächen mit den Bürgerinnen und Bürgern immer wieder spürbar gewesen.“

Besuch im DRK-Krankenhaus

Gemeinsam mit unserer zuständigen Beigeordneten der Landkreisverwaltung, Kirsten Gurske, und dem wissenschaftlichen Referenten für Gesundheitspolitik der Landtagsfraktion, Dr. Wolfgang Erlebach, besuchten wir das DRK-Krankenhaus in Luckenwalde.

Wir wollten uns mit dem Ärztlichen Direktor, Dr. med. Klaus Schenke, zu Fragen der Krankenhausplanung, der Öffnung der Krankenhäuser für die ambulante gesundheitliche Versorgung, der Sicherung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Krankenhauses und zu Fragen der Kooperationsmöglichkeiten verständigen. Natürlich wurden auch Erwartungen an die Landes- und Kommunalpolitik gerichtet, die wir aufnehmen und in die weitere Arbeit einfließen lassen werden.



In Vorbereitung der zukünftigen Krankenhausplanung legte Dr. Schenke sehr anschaulich die Problemfelder aus der Sicht des Luckenwalder Krankenhauses dar. So wurde die Notwendigkeit einer eigenen geriatrischen Abteilung beschrieben, die es im ganzen Landkreis nicht als stationäre Einheit gibt. Und auch für die Pädiatrie, die gegenwärtig noch an die Innere Abteilung gebunden ist, sollte zukünftig eine eigene Position zur Förderung in der Krankenhausplanung formuliert werden.

Ein weiteres Problemfeld ist die Abteilung Gynäkologie. Alles in allem ist aber die Entwicklung des Krankenhauses sehr positiv. So wurden 5.000 Patienten noch 1995/96 versorgt - heute sind es 11.000. Deshalb ist es auch wichtig, die seit vielen Jahren geplanten und noch offenen Investitionen weiter zu befördern und zum Abschluss zu bringen.

An dieser Stelle vermittelte Wolfgang Erlebach deutlich, dass das mit eines der schwierigsten Probleme ist, da bereits in der letzten Legislaturperiode - also unter Rot-Schwarz - alle Mittel (400 Millionen Euro) verplant wurden. Sehr gute Erfahrungen hat Luckenwalde bei der Öffnung des Krankenhauses für die ambulante gesundheitliche Versorgung gemacht. Mit ihrem Credo „Versorgungslücken schließen und keine Konkurrenz zu niedergelassenen Ärzten“ ist das Krankenhaus in Kooperation mit niedergelassenen Ärzten in Stülpe, Trebbin und Jüterbog tätig. <

Zur Krise in Europa

Die Großbanken, insbesondere die Deutsche Bank, fahren wieder Rekordgewinne ein. Die Wirtschaft boomt, die Arbeitslosenzahlen sinken und Lieschen Müller freut sich über eine solche Nachricht. Die andere Meldung – fast gleichzeitig – spricht davon, dass die Altersarmut infolge der geringeren Rentenanwartschaft größer und noch dramatischer ansteigen wird. Immer mehr Menschen können von ihrer Arbeit nicht leben und müssen aufstocken. Das ist kein Widerspruch, sondern es sind zwei Seiten einer global-kapitalistischen Medaille.

Überall in der Welt und in Europa können die Staaten nicht mehr ihre Politik souverän gestalten. Sie sind nicht nur hoch verschuldet, sondern sie müssen, um die Schulden zurückzahlen zu können, immer höhere Kredite aufnehmen. Die Lasten der Staatsverschuldungen hat das Volk zu tragen und die Gewinne streichen die Banken und deren Aktionäre ein. Die Höhe der Schuldzinsen-Prozente richtet sich aber nach der Kreditwürdigkeit eines Staates, die wiederum die Bankengremien, das sind die sogenannten Rankingkonsortien, festlegen. Mit anderen Worten, die Bankenmafia bestimmt die Politik eines Staates, so auch in Deutschland. Also von demokratischen Entscheidungsprozessen der Parlamente und Regierungen kann schon lange keine Rede sein.

Henry Ford, der Automilliardär, formulierte schon vor langen Jahren: „Eigentlich ist es gut, dass die Menschen unser Banken- und Währungssystem nicht verstehen. Würden sie es nämlich, so hätten wir eine Revolution vor morgen früh.“ Wenn Lieschen Müller in der Schule aufgepasst oder Marx gelesen hätte, dann hätte sie zumindest etwas von einem globalen Kapitalexpert, losgelöst von jeglicher materiellen Untersetzung, wissen können. Die Meinungsmani-

pulation hat Hochkonjunktur und der Verblödungsprozess durch die Medien trägt Früchte.

Als bestes Beispiel dafür muss Griechenland herhalten. Ein schönes Land für deutsche Touristen, schön, geschichtsträchtig und auch noch preiswert. Aber das falsche Stigma hält sich bewusst: Die Griechen sind faul, die Griechen machen ständig Urlaub, die Griechen haben Luxusrenten, die Griechen sind korrupt und andere Klischees werden bewusst lanciert. Nichts, aber auch gar nichts hält davon einer Prüfung stand. Im Gegenteil, die reichen europäischen Staaten und vor allen die Banken profitieren vom schlechten Image Griechenlands. Die Kredite, die Griechenland mit zweistelligem Zinssatz zurückzahlen muss, werden fast ausschließlich dafür benutzt, um die bereits vorhandenen Schulden zu tilgen. Das Geld wird also nicht dazu benutzt, um die Wirtschaft, die infolge der Finanzkrise am Boden liegt, wieder anzukurbeln.

Griechenland und auch fast alle Staaten der Erde werden nie von ihrem Schuldenberg herunterkommen. Das wollen die Großbanken auch nicht, denn ein bankenabhängiger Staat ist die beste Kuh, die man melken kann. Dabei profitieren gerade deutsche Banken vom Niedergang Griechenlands. Die Demonstrationen der Griechen gegen den drastischen Sozialabbau zeigen hunderttausendfach: „Wir zahlen nicht für eure Krise!“

Neben Griechenland treibt die Bankenmafia auch andere Staaten wie Irland, Portugal, Spanien, Italien in den volkswirtschaftlichen Ruin. Den unregulierten Bankenorgien der Ackermann und Co. muss endlich Einhalt geboten werden. Wenn die Transaktionen des Kapitalexpertes rund um die Welt sich weiter aufblähen, wird diese Blase auch einmal platzen.

Ungefähr 60 Prozent des vagabundierenden Geldes sind nicht durch materielle Wertschöpfung untersetzt. Die programmatische Forderung der LINKEN nach einer staatlichen Kontrolle der Banken und Großkonzerne ist aktueller denn je.

Dr. Rudolf Haase. Luckenwalde

EGB-Demo in Wroclaw

Der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) ruft zur Euro-Demonstration am 17.09.2011 von 12.00 - 16.30 Uhr auf. „Im Rahmen der polnischen EU-Ratspräsidentschaft und der Tagung des Rates für Wirtschaft und Finanzen am 16./17. September in Wroclaw/Breslau ist es nötig, gemeinsam ein klares Signal an die Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten zu senden.“ Nicht die Finanzmärkte und Ratingagenturen, sondern das Wohlergehen der Menschen in Europa müssen die Politik bestimmen. Wir fordern einen Richtungswechsel für eine gerechte und soziale europäische Politik.

Wir wenden uns gegen: Das Diktat der Finanzmärkte und der Ratingagenturen, unsoziale Sparmaßnahmen mit drastischen Lohnkürzungen und Sozialabbau, Eingriffe in nationale Tarifsysteme, die Schwächung des sozialen Dialogs in den Mitgliedstaaten, Deregulierung von Arbeitsstandards, Prekarisierung und Arbeitslosigkeit, wachsende Einkommensunterschiede und soziale Spaltung, Rentenkürzungen und Eingriffe in die nationalen Rentensysteme.

Wir fordern: Den Finanzmarkt umfassend zu regulieren, Spekulationen einzudämmen und Eurobonds einzuführen, die Kontrolle der Ratingagenturen und die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Wahrung der Tarifautonomie, leistungsfähige soziale Sicherungssysteme, die bessere Nutzung bestehender europäischer Fördermittel für Investitionen, eine nachhaltige Industriepolitik

Der DGB Region Mark Brandenburg setzt für interessierte Teilnehmer Busse ein. Anmeldung bitte sofort unter Tel. Nr. 0331/275960 im Sekretariat.

Unsere Gegner agieren weltweit, wir brauchen mindestens europäische Solidarität.

Rainer Weigt, Klein Schulzendorf

Notizen aus dem Karl-Liebknecht-Haus

von Maritta Böttcher

Rot-Rote Regierung in Berlin

Auf Druck der LINKEN ist die Berliner Landesbank nicht privatisiert, sondern an die Sparkasse verkauft und viel Soziales erreicht worden, obwohl die finanziellen Möglichkeiten der Stadt begrenzt sind. Aber Klaus Wowereit, sein Stellvertreter Harald Wolf und die anderen Parteien in Berlin müssten auf Bundesebene ganz anders für die Hauptstadt kämpfen. Mit dem Bund ist nicht geklärt, was Berlin als Hauptstadt zu leisten hat und was als Kommune. Dass wir allein die Kita-Plätze bezahlen müssen, ist ja völlig in Ordnung. Auf der anderen Seite: Helmut Kohl hat Gorbatschow versprochen, dass die sowjetischen Ehrenmale erhalten bleiben. Es geht um die Straße des 17. Juni, den Treptower Park und Pankow. Der Unterhalt kostet Jahr für Jahr zig Millionen. Das ist keine Berliner Aufgabe, hier drückt sich der Bund. Unsere Umfragewerte in Berlin sind momentan nicht gut. Umso mehr müssen wir kämpfen. Was haben denn SPD und Grüne dafür getan, dass es in Ost und West gleichen Lohn für gleiche Arbeit gibt oder gleiche Renten für gleiche Lebensleistungen? Nichts! Wem danken wir denn den ganzen Niedriglohnsektor? Und wer unterstützt den Krieg in Afghanistan? Stets die ande-

ren. Es wird Zeit, dass wir das auch in Berlin wieder betonen. Wir dürfen nicht lahmarschig werden.

Eurorettung ohne die Demokratie aufzugeben!

Unabhängig davon, wie man die Vorschläge des Gipfels im Einzelnen bewertet, ist auffällig, dass die wichtigsten vorgeschlagenen Maßnahmen mit einer gravierenden Einschränkung von Demokratie einhergehen sollen. Eine Wirtschaftsregierung, die nicht demokratisch legitimiert ist und nicht vom Europäischen Parlament kontrolliert werden kann, würde von den Bürgern in Europa wie eine Besatzungsmacht empfunden werden. Schuldenbremsen in allen Verfassungen der Euro-Länder wären eine Einschränkung der nationalen Parlamente. DIE LINKE fordert nicht weniger, sondern mehr Demokratie und Transparenz in Europa.

Die Bürgerinnen und Bürger wissen nicht, welche Banken zu welchen Konditionen gerettet wurden. Sie haben keinen Einfluss auf die beschlossenen Kürzungspakete der nationalen Parlamente. Sie wissen nicht, was die Finanz-Lobbyisten mit Kanzlerin Merkel und Präsident Sarkozy vor dem Gipfel besprochen ha-



ben. Den Euro retten und dafür die Demokratie und den Sozialstaat aufgeben, ist für uns keine Lösung. Wir brauchen jetzt eine Entkoppelung der Realwirtschaft vom Finanzcasino. Wir brauchen eine öffentlich-rechtliche Bank, die Staaten, die in finanzielle Schwierigkeiten sind, zu niedrigen Zinsen Geld leiht. Es ist unerträglich, dass Privatbanken aus dem Niedergang ganzer Volkswirtschaften Profite realisieren können.

Hungerkatastrophe in Afrika

Der Sonderberichterstatte der Vereinten Nationen bis 2008, Jean Ziegler, sagte in einer nicht gehaltenen – inzwischen veröffentlichten – Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele, von der er unter einem Vorwand wieder ausgeladen wurde: „Ein Kind, das an Hunger stirbt, wird ermordet.“ Das darf uns nicht egal sein! <

Woher kommt das Geld?

Der Beitrag jeder Genossin und jedes Genossen ist wichtig für die Finanzierung der Arbeit der Partei DIE LINKE in Teltow-Fläming. Mitgliedsbeiträge haben mit 76.000 € im Jahr 2010 den Löwenanteil der Gesamteinnahmen für den Kreisverband ausgemacht. Weitere wichtige Einnahmen waren die Spenden von ca. 9.300 € und Mandatsträgerbeiträge von ca. 4.750 €.

Eine satzungsgerechte Beitragszahlung ist also unbedingte Voraussetzung für die erfolgreiche politische Arbeit. Im Kreisverband Teltow-Fläming haben wir 2010 ca. 58.000 € für die eigene Arbeit ausgegeben. Dieser Betrag teilt

sich etwa gleich in die Kosten für den Geschäftsbetrieb, also die Unterhaltung der Geschäftsstellen als Anlaufpunkt für die Genossinnen und Genossen, und die Kosten der politischen Arbeit im engeren Sinne, also Materialien wie diese Zeitung, die Veranstaltungen des Kreisverbandes wie zum 1. Mai, Zuschuss zu JüterRock u.v.a.m.. Außerdem finanziert der Kreisverband mit einer Abführung von ca. 40% der Beitragseinnahmen den Landesvorstand und seine Geschäftsstelle mit. Mit dieser Quote bewegt der Kreisverband sich im Vergleich der anderen Kreisverbände im unteren Mittelfeld. Der Landesvorstand arbeitet mit diesem Geld politisch auf Landesebene. Die Lan-

desgeschäftsstelle führt aber auch mit Unterstützung der Kreisschatzmeisterin die Buchhaltung des Kreisverbands oder sorgt z.B. für die Vorhaltung einer einheitlichen Infrastruktur für die Internetseiten und beschäftigt das hauptamtliche Personal des Landesverbandes.

Wenn wir in Teltow-Fläming neue Handlungsspielräume, ob auf Kreisebene oder vor Ort gewinnen wollen, sollte jedes Mitglied selbst darauf achten, den satzungsgerechten Beitrag in der richtigen Höhe zu zahlen. Das erfordert schon die Solidarität. Die Beitragstabelle erhaltet Ihr in der Kreisgeschäftsstelle oder unter www.die-linke.de.

Gabi Pluciniczak

Die Wende im Doppelpack

Schmerzlich musste auch ich zur Kenntnis nehmen, dass der Sozialismus in der DDR keiner war! Als die Mauerspechte ihr Werk begannen, wussten plötzlich viele Kirchenoberhäupter und „Andere“: Die Zukunft kommt nur aus Bonn. Und sie wurden alle schnell Politiker.

Von 100 Westmark geblendet, wurde das DDR-Volk wie eine Hammelherde, ohne aufrechten Gang, vom „Wir sind das Volk“ zur Glückseligkeit „Wir sind ein Volk“ geführt. Statt für Frieden und Sozialismus durften wir uns nun für Freiheit statt Sozialismus entscheiden. Die Entscheidung Kapitalismus statt bisschen Sozialstaat lag ausschließlich in den Händen von Großbanken, Konzernen und vielen christlichen Politikern. Aufgewacht sind wir im Kapitalismus, der wirklich einer ist!

Als Ostpreußen-Heimatloser begriff ich unmissverständlich den Unterschied zwischen Großgrundbesitzer, Knecht und Magd. Heute sehe ich nicht nur im Fernsehen Reiche und Schöne, sondern wo es Herrschaft gibt, gibt es auch Knechtschaft! Erschreckend ist die vorhandene Demut und Unterwürfigkeit der Ostdeutschen bezüglich der vielen Ungerechtigkeiten, die es nach über 20 Jahren Wendezeit zwischen Ost und West gibt.

Wir bekamen einen Rechtsstaat, aber keine Gerechtigkeit. Wir mussten eine zutiefst humanistische Hymne aufgeben: „Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt ..., Glück und Frieden sei beschieden ..., dass nie eine Mutter mehr ihren Sohn beweint.“ Dafür wurden wir mit der alten ideologisch belasteten Hymne Deutschlands beglückt.

Selbst bei meinen Verwandten auf Usedom hat sich Vieles im Denken der Menschen verändert. Da gibt es

keine Blumen mehr für das sowjetische Ehrenmal, jedoch Blumenräder zum Volkstrauertag für die Gefallenen von 1914 - 1918. Es gibt auf Usedom manchmal Kaiser-Wetter, es gibt aber auch z. B. in Heringsdorf ein Hotel „Kaiser Wilhelm“ und „Kaisers Pavillon“ oder Bismarckplatz.

Ich bleibe dabei: Die Wende mit dem völligen Umsturz der DDR war zwar friedlich, dank der Besonnenheit der Bevölkerung und insbesondere der bewaffneten Kräfte der DDR, jedoch das Ergebnis war und ist konterrevolutionär! Es wurden die alten gesellschaftlichen Machtverhältnisse wiederhergestellt!

Worauf soll ich heute stolz sein? Vielleicht auf Schumi, die Schiffer und Bundeswehr? Also auf Schnelligkeit, Schönheit und Soldatenruhm? Stolz auf den 3. Platz der BRD im Rüstungsgeschäft in der Welt?

Wie schnell hat sich doch das größere Deutschland in der Wendezeit gewendet. Fast unbemerkt wird schrittweise die Bundeswehrreform in Richtung Kampf-Einsatz-Truppe für Auslandseinsätze und nach Möglichkeit mit Berufssoldaten durchgesetzt. Wer Rüstungsgüter exportiert, braucht für den Umsatz den Krieg. Wer viel exportiert, braucht logisch viele Spannungsgebiete in der Welt. Deutschland hat (endlich) wieder seinen Krieg und alle gehen hin! Wieder für Ruhm und Ehre?

Am Hindukusch und an anderen Orten in der Welt verteidigt die Bundeswehr meine Freiheit? Meine freie berufliche Entwicklung wurde am 13. August 1961 gesichert. Ohne Schaden zu nehmen habe ich den Rummel um den 50. Jahrestag des Mauerbaus überstanden. Herr Bundespräsident Wulff: Wie wäre eine andere Trennung zwischen den unversöhnlichen

Blöcken, die sich feindlich gegenüberstanden, möglich gewesen?? Keiner der Mächtigen hatte damals eine bessere Lösung. Leider, nur durch die Mauertrennung wurde der Friede in Europa sicherer.

In der Vergangenheit wurde zwischen gerechten und ungerechten Kriegen unterschieden. Die heutigen Politiker sprechen von notwendig heiligen Kriegen und über unschöne Kriege! Der Krieg gegen Jugoslawien (Kosovo-Krieg) war nur ein bisschen unschöner, aber der Krieg in Afghanistan, da wird die Freiheit verteidigt, folglich ist er ein schöner Krieg.

Die militärische Wende in der BRD widerspiegelt sich auch in der Außenpolitik. Solche Deals, der Verkauf von 200 Leopard-2-Panzern an Saudi-Arabien oder U-Booten für den Mittelmeerraum sind Investitionen für die Zukunft. Die Aufgabe der Außenpolitik mit Unterstützung der Bundeswehr dient dem uneingeschränkten Zugriff auf Bodenschätze für die deutsche Wirtschaft.

Völker hört die Signale: „Wer im Besitz der Bodenschätze ist, der gibt sie im Guten für Deutschland, dann ist die Welt in Ordnung.“ Nicht dass die Bundeswehr etwas nachhelfen muss.

Die Welt ist aber erst ohne Krieg in Ordnung! Dass meine Partei DIE LINKE gegen jegliche Art von Krieg ist, ist für mich ein Lebensfundament!

Möge auch in Zukunft die Deutschlandhymne weiterhin mit „Einheit, Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland“ beginnen, aber nicht mit „Deutschland, Deutschland über alles“.

*Gerhard Schlag,
Am Mellensee*

Geschafft! Der Notarztstandort bleibt bestehen

Mit großer Erleichterung haben die Bürger in der Region Luckau und Dahme die Entscheidung aufgenommen, dass der Notarztstandort in der Gartenstadt Luckau doch erhalten bleibt. Damit ist die notärztliche Versorgung für den nicht so dicht besiedelten Süden der Landkreise Dahme-Spree-wald und Teltow-Fläming in Zukunft gesichert. Länger als ein halbes Jahr hatten die Verhandlungen gedauert, bis die Krankenkassen jetzt grünes Licht gaben.

Wir sind froh und sehr erleichtert, dass es künftig statt vier doch fünf Notarztstandorte im Landkreis geben soll und Luckau somit erhalten bleibt. „Damit ist die notärztliche Versorgung in unserer Region auch künftig gesichert. Dieses Gefühl der Sicherheit empfinden wir als Basis für Lebensqualität.“

Weil der Notarzt nach Teupitz verlagert werden sollte, hatte die Kreisverwaltung Lübben den Notarztstandort am Evangelischen Krankenhaus der Gartenstadt Luckau vorsorglich gekündigt, nachdem Gutachter einen größeren Versorgungsbedarf im Norden und in der Mitte des Kreises attestiert hatten. Zu Jahresbeginn startete daraufhin Barbara Oberüber gemeinsam mit Laborleiter Gerd Kirmse eine Aufklärungskampagne und gründete eine Bürgerinitiative zum Erhalt des Luckauer Standortes.

In unzähligen Veranstaltungen, Sitzungen, in den Stadt- und Landkreisverwaltungen sowie den Parlamen-

ten machten sie darauf aufmerksam, was der Wegfall des Notarztstandortes in Luckau bedeutet: weitaus längere Wege für die Mediziner zu den Patienten. Als Apothekerin, der die Gesundheit und die Gesundheitsaufklärung am Herzen liegt, war das für B. Oberüber nicht zu vertreten. „Dankbar können wir sein, dass mehr als 14.000 Menschen mit ihren Unterschriften diese Aktion unterstützt haben.“ Überall lagen die Listen aus,



in Apotheken, Geschäften, sogar in den Dörfern seien die Einwohner von Tür zu Tür gezogen. Dieser Einsatz für den Luckauer Notarztstandort habe auch beim Verband der Krankenkassen in Berlin Eindruck hinterlassen.

Für das Krankenhaus in Luckau bedeutet der jetzt genehmigte fünfte Notarztstandort deutlich mehr Planungssicherheit.

Dr. Tom Oestmann, Ärztlicher Direktor des Evangelischen Krankenhauses Luckau und Chefarzt der Inneren Abteilung erklärt:

„Wir haben 14 Ärzte, die neben ihrer Arbeit bei uns im Haus als Notarzt

tätig sind. Es wäre für uns nicht möglich gewesen, den Standort in Teupitz mit all diesen Mitarbeitern zu besetzen. Darunter hätte möglicherweise die Arbeit im Haus gelitten, weil Kollegen auf Abruf beispielsweise nicht mit Operationen betraut werden könnten. Ich bin der Bürgerinitiative wirklich dankbar, dass sie so lange durchgehalten hat und sich nicht entmutigen ließ.“

Ursula und Werner Müller (ehem. Fraktionsvors. DIE LINKE) aus Dahme: „Na endlich eine richtige Entscheidung!“ Jeder konnte ein Aufatmen vernehmen, welches durch unsere Region ging, als bekannt wurde, dass der Notarztstandort erhalten bleibt.

Doch im Nachhinein fragen wir uns, ob es notwendig war, Tausende von Menschen in helle Aufregung zu versetzen, indem von einer Schließung des Notarztstandortes Luckau die Rede war.

Bei richtiger Recherche durch die Verantwortlichen vor Ort hätte der Gedanke an eine Schließung des Notarztstandortes Luckau gar nicht erst aufkommen dürfen. Nun aber ist durch den Protest von über 10.000 Bürgern dieses Problem aus der Welt geschafft, und das hoffentlich auf Dauer.

Wir persönlich sind sehr froh darüber. Wer einmal die Hilfe durch den Notarzt in Anspruch nehmen musste wie wir, weiß diese Entscheidung besonders zu schätzen.

Heike Kühne, Dahme

Auflösung BilderRätsel



Zu sehen war ein Holzkunstwerk des Luckenwalder Bildhauers Karl Späth am Campingplatz in Dobbrikow. Es handelt sich hierbei um die „Fee vom Glienicksee“.

Der seenreichste Ortsteil in der Gemeinde Nuthe-Urstromtal ist von jeher ein beliebtes Naherholungszen-

trum. Vor allem der Glienicksee und weite Wälder und Wiesen laden wie auch der Weinberg, von dem man eine schöne Aussicht hat, zu längeren Spaziergängen ein.

Dobbrikow hat in der Gemeinde als bisher einziger Ort einen linken Ortsvorsteher, Holger Jeserigk.<

Radtour entlang des Mauerradweges

Am 13. August jährte sich der Bau der Berliner Mauer zum 50. Mal. Anlass genug, um an ein Ereignis zu erinnern, das Familien und Freunde Jahrzehnte hinweg auseinandergerissen hat, und der Opfer zu gedenken, die an der Mauer ihr Leben lassen mussten.

Dazu hatte der Landrat gemeinsam mit den Bürgermeistern der Gemeinde Großbeeren und Blankenfelde-Mahlow zur Radtour entlang des Mauerradweges von Mahlow nach Heinersdorf eingeladen. Insgesamt gibt es drei Maueropfer im ehemaligen Grenzstreifen zu Berlin auf dem heutigen Gebiet des Landkreises Teltow-Fläming.

Ihnen sind Erinnerungsstelen gewidmet, die auf Initiative des Fördervereins der Erinnerungsstätte Notaufnahmelager Marienfelde in Zusammenarbeit mit der Stiftung Berliner Mauerweg im November 2009 auf dem ehemaligen Grenzstreifen, entlang des jetzigen Berliner Mauerwegs aufgestellt wurden. Sie erinnern an die mindestens 136

Menschen, die von 1961 bis 1989 an der Berliner Mauer erschossen wurden oder im Zusammenhang mit einem Fluchtversuch verunglückt sind. Auch in der ehemaligen Gemeinde Osdorf steht ein Gedenkstein.

Dieser Ort wurde in den 60er Jahren wegen des Mauerbaus dem Erdboden gleich gemacht und die Einwohner mussten ins benachbarte Heinersdorf (OT von Großbeeren) umziehen. Als einziges Gebäude ist heute nur noch die ehemalige Gutscheune erhalten, wo ein großer Findling mit der Gedenktafel an das tragische Schicksal von Osdorf erinnert. In Heinersdorf erinnern ebenso zwei große Originalteile der Berliner Mauer an dieses Ereignis.

Die Vielzahl der Beiträge in der Debatte zum 50. Jahrestag des Mauerbaus zeigt erneut, wie notwendig und wichtig die Aufarbeitung dieses Kapitels deutscher Geschichte ist. Historiker werden weiter daran arbeiten müssen, den Mauerbau in einer Zeit von Blockkonfrontation und Kaltem Krieg zu erklären.

Den 13. August aus der Geschichte zu erklären, darf nicht heißen, die Mauer politisch und moralisch zu rechtfertigen. Die Errichtung der Berliner Mauer war keine Lösung, um die Existenz der DDR zu retten, sondern markierte den Anfang vom Ende eines Gesellschaftsmodells, das sozialer Sicherheit einen hohen Stellenwert zugeschrieben hatte, diesen Anspruch aber nicht mit Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verband. Genau daran ist letztendlich die DDR gescheitert und genau dies steht im Gegensatz zu einem demokratischen Sozialismus, in dem jede und jeder selbstbestimmt das Leben gestalten kann.

Eine bessere Gesellschaft gibt es nicht, wenn Demokratie und Menschenrechte verletzt werden. Die Bitte um Entschuldigung, mit der sich die PDS bei ihrer Gründung 1989 an das Volk der DDR gewandt hatte, schloss das Grenzregime und dessen Opfer ausdrücklich mit ein.

*Kornelia Wehlan,
Luckenwalde*

Wider das Vergessen - LeseRatte von Dr. Renate Klettke

Elmar Faber, seit 1983 Leiter des Aufbau-Verlages, zog 1992 nach Leipzig um, wo er 1990 einen eigenen Verlag gegründet hatte. Dieser Verlag, Faber & Faber, verlegt wunderschöne, kostbare Bücher, unter anderem eine „DDR-Bibliothek“.

Jetzt ist Fabers dritter Essayband erschienen: „Die Mysterien der Vergesslichkeit. Betrachtungen zu Literatur und Politik“. Jeder, der sich in der DDR-Literatur ein bisschen auskennt, wird den Essay „Ein poetisches Lexikon verschwundenen Lebens“ mit besonderem Interesse lesen. Er ist nicht ganz einfach, denn Faber setzt einen gebildeten, kunst-sinnigen Leser voraus.

Er selbst weiß alles über Bücher und kennt als Verleger den gestrigen Markt so gut wie den heutigen. Beileibe kein Nostalgiker, bringt er

doch unmissverständlich das Bewahrenswerte der DDR-Literatur in Erinnerung. Er weigert sich, die heute gängigen Klischees widerspruchlos hinzunehmen, indem er die verlegerischen Leistungen der DDR hervorhebt.

Im Mittelpunkt des von mir besonders bewunderten Essays schildert er die Querelen, das „Hosianna“ und „Kreuzigt ihn“ um drei Bücher, die sowohl mit vehementem Neid als auch großer Bewunderung bedacht worden waren: Werner Heiduczek's Roman „Tod am Meer“, Christoph Heins Roman „Horns Ende“, Herrmann Kants Roman „Das Impressum“. Kants Bücher „Die Aula“ und „Der Aufenthalt“ waren würdig befunden worden, in die von Reich-Ranicki und Raddatz herausgegebene, nur 20 Bände umfassende „Bibliothek des

20. Jahrhunderts“ aufgenommen zu werden.

Eingedenk der Vorgaben, die die politische Aufarbeitung der DDR-Geschichte doktrinierten, war Kant nach der Wende nur noch ein „Staatsdichter“ ohne künstlerisches Vermögen. Faber schließt seinen Essay mit der Aufzählung unterschiedlicher Autoren, deren erzählerische und kulturphilosophische Texte Aufschlüsse geben über „die empfindlichsten Lebensumstände in einem nahen und fernen Land“.

Es ist ein „Ensemble von Schreibenden, das die DDR geformt, erheitert, verbittert, beleidigt hat. Wenn die dominierende, westdeutsch geprägte Literaturrezeption das wahrnehmen könnte, würde sie sich aus einer entmündigenden Umklammerung befreien“. <

Die Solidarität geht weiter

An diesen Schlachtruf erinnere ich mich, wenn wir „unsere“ Kinder aus Tschernobyl verabschieden und uns schon über das nächste Jahr Gedanken machen und das ist nötig, wenn wir weitermachen wollen, denn die leeren „Kassen“ sind schon lange bei allen - ob privat oder Betrieb - angekommen. Viele Initiativen mussten schon aufgeben.

Zum zwanzigsten Mal hatten wir Kinder aus Belarus bei uns in Dahme. Hier ist es bei vielen zur Selbstverständlichkeit geworden, die Ferienaufenthalte der Kinder aus den verstrahlten Zonen zu unterstützen. So lädt jede Dahmer Gaststätte und einige aus umliegenden Gemeinden zu Mittag oder Abendbrot ein. Taxi, Fahrdienste und Autohäuser spendieren Transportmittel, Geschäfte Getränke, Fleischwaren, Bekleidung,

Spiel- und Sportsachen Und nicht zu vergessen die Pensionen, die uns zu günstigen Konditionen Unterkunft gewähren

Wenn die Sonne es gut meint, gibt es keinen schöneren Platz als unser Schwimmbad. Aber auch ein Besuch der Fläming-Therme in Luckenwalde begeistert. Seit einigen Jahren lädt Tropical Island ein und auch das Schloß Lübbenau

Und so reihte sich ein Erlebnis an das andere: vom Besuch im Schulhort und bei der Feuerwehr bis zur Schatzsuche in der Schlossruine, wo es von Geistern wimmelte.

Viele schöne Erlebnisse organisieren auch die Gasteltern, bei denen die Kinder die Wochenenden verbringen und die einen großen Anteil daran haben, dass die Kinder, wie es im Bericht in Minsk über den Aufenthalt

heißt, „erholt, braungebrannt und glücklich“ nach Hause kamen.

Als ich im April aus Minsk von der Konferenz „25 Jahre nach Tschernobyl“ zurückkam, berichtete ich an dieser Stelle darüber mit der Schlussfolgerung, dass Belarus für seine Kinder noch lange unsere Hilfe braucht, und bat um Eure Unterstützung, weil ich weiß, dass für die Linken seit Generationen Solidarität zu ihrem Leben gehört. Den Genossen, die uns halfen, möchte ich recht herzlich danken. Ich würde mich sehr freuen, wenn wir auch weiter auf Euch bauen können.

Wer helfen möchte – unser Konto ist:
AWO Dahme, Konto-Nr. 3033333,
BLZ 18062678, R+V Bank

*Ilka Pietsch,
Dahme*

Artjom und Sascha ... ,

beide zwölf Jahre alt, waren vom 26.06. bis 16.07.2011 immer an den Wochenenden Gastkinder in unserer Familie. Wir haben lange überlegt, ob wir dieser Aufgabe gewachsen sind, denn unsere Enkelkinder sind schon fast doppelt so alt. Rückblickend sind wir froh über unsere Entscheidung. Es waren erlebnisreiche, turbulente, schöne Tage. Trotz unüberwindlicher Sprachbarrieren haben wir uns prächtig verstanden.

Mit Begeisterung haben Artjom und Sascha den Spielplatz in Klaistow, die Fahrradtouren auf der Skaterbahn und den Besuch unseres Tierparks genossen.

Übrigens war auch für unsere Familie der Tierpark ein schönes Erlebnis. Wir hatten ihn zehn Jahre nicht besucht, danke Jungs. Auch bei

uns zu Hause war alles in Bewegung. Tischtennis, Dart, Inliner sorgten für reichlich Abwechslung. Wenn sie in ihrem Zimmer waren, wurde entwe-



Ferienfreuden - Artjom und Sascha

der ferngesehen, lieber aber noch Playstation gespielt. Unser Versuch, sie für „Mensch ärgere dich nicht“ zu

erwärmen, scheiterte kläglich.

Auch die Herausforderung Essen konnten wir nach anfänglichen Schwierigkeiten meistern. Nutella, Torte, Soljanka und Pizza fanden sie zwar toll, aber der absolute Höhepunkt war Mc Donalds. Am Ende des Tages waren wir zwar erschöpft, aber glücklich.

Wir wünschen uns, dass wir im nächsten Jahr wieder Kinder aufnehmen können. Freuen würden wir uns wieder über Artjom und Sascha, unsere beiden Gastkinder aus einem belorussischen Dorf in der Nähe von Tschernobyl. Bekannten und Freunden haben wir über unsere gemeinsame Zeit berichtet und konnten neue Gasteltern gewinnen.

*Marianne Richter,
Luckenwalde*

Leserbrief

Ich kann nicht umhin, mich zu den „Gedanken zum 13. August 1961“ zu äußern. Bei allem Verständnis für Christa Zernick aus Am Mellensee muss ich ihren Gedanken heftig widersprechen.

Ich bin einer der Wanderer zwischen den Welten in Berlin. Wohnung im Westen, Arbeitsplatz im Osten, und damit unmittelbar Betroffener am 13. August 1961. Es ist erstaunlich, wie lange die gezielte Propaganda der SED in den Köpfen bleibt. Die Mauer wurde konzipiert, um die Fluchtbewegungen der Bevölkerung im Osten zu verhindern.

Waffen und Uniform gab es nur beim Übertritt in den Osten, im Westen stand niemand. Dort war der Lebensstandard zwar höher, aber das entscheidende Motiv war die größere Freizügigkeit. Da musste niemand gezielt abgeworben werden.

Der Bau der Mauer war zwischen Chruschtschow und Kennedy abgesprachen. Die USA erlaubten die Mauer unter der Bedingung, dass Westberlin unangetastet bleiben muss. Denn die „Insel Westberlin“ war Ulbricht ein Dorn im Auge. Daran hielt sich die Sowjetunion, deshalb bestand eine Kriegsgefahr nur im Falle einer Zuwiderhandlung. Die US-Panzer stellten sich am Checkpoint Charly auf, um symbolisch das Einhalten dieser Absprache zu demonstrieren, nicht um die Mauer zu verhindern. So ist das Kennedy-Zitat zu verstehen, dass eine Mauer besser sei als Krieg. Von einer existenziellen Bedrohung der DDR konnte nie die Rede sein. Diese Version wurde von der SED zur Erklärung der sonst völlig unverständlichen Maßnahme propagandistisch verbreitet und stets wiederholt. Der Mauerbau ist ein Eingeständnis der Schwäche, und ich verstehe, dass man nicht gerne zugeibt, einer Propagandalüge geglaubt zu haben. Gregor Gysi ist da schon einen Schritt weiter: „Wenn ich eine gerechtere Gesellschaft aufbaue,

Herzliche Glückwünsche senden die Basisorganisationen und Vorstände den Jubilaren, die in diesen Tagen Geburtstag feiern

*Diethild Steffen in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 11.09.
Inge Beck in Blankenfelde zum 77. Geburtstag am 12.09.
Marianne Haupt in Zossen zum 72. Geburtstag am 13.09.
Gisela Ernst in Blankenfelde zum 86. Geburtstag am 15.09.
Dr. Lothar Hummel in Dahlewitz zum 78. Geburtstag am 15.09.
Gerhard Krahlisch in Jüterbog zum 88. Geburtstag am 17.09.
Irmgard Zachlod in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 18.09.
Luise Grunitz in Jüterbog zum 84. Geburtstag am 19.09.
Erna Künstner in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 20.09.
Hannelore Hübener in Luckenwalde zum 72. Geburtstag am 21.09.
Werner Brehmer in Jüterbog zum 86. Geburtstag am 21.09.
Inge Splettstößer in Zossen zum 79. Geburtstag am 25.09.
Dr. Horst Pukowski in Ludwigsfelde zum 81. Geburtstag am 25.09.
Dr. Gerhard Schliebener in Niebend.-Heinsd. zum 73. Geburtstag am 25.09.
Helga Mostowy in Dahlewitz zum 81. Geburtstag am 27.09.
Anna Waterstradt in Luckenwalde zum 89. Geburtstag am 28.09.
Siegmond Schöne in Ludwigsfelde zum 82. Geburtstag am 30.09.
Klaus-Joachim Heise in Blankenfelde zum 84. Geburtstag am 03.10.
Gotthard Beer in Rangsdorf zum 81. Geburtstag am 03.10.
Peter Anders in Jüterbog zum 74. Geburtstag am 03.10.
Annelies Englert in Ludwigsfelde zum 88. Geburtstag am 04.10.
Irma Hamann in Woltersdorf zum 79. Geburtstag am 08.10.*

Dieter Schenk in Blankenfelde zum 80. Geburtstag am 12.09.
Dr. Renate Klettke in Ludwigsfelde zum 75. Geburtstag am 18.09.
Birgit Schott in Luckenwalde zum 50. Geburtstag am 20.09.
Eva Huschke in Nuthe-Urstromtal zum 70. Geburtstag am 06.10.

kann ich es nie dadurch machen, dass ich die eigenen Leute einsperre und auf sie schieße, wenn sie gehen wollen. Das geht einfach nicht, das ist zutiefst inhuman.“ Denken Sie an die vielen menschlichen Schicksale, liebe Christa Zernick, damit es Ihnen leichter gelingt, die Mauer in Ihrem Kopf ebenfalls einzureißen.

Das Unrecht der Mauer ist in Wahrheit die größte Täuschung der SED der eigenen Bevölkerung gegenüber. Hier liegt die Antwort auf Ihre Frage, warum man nicht früher zu einem erträglichen Miteinander finden konnte. Viele DDR-Bürger haben das am 9. November 1989 durchschaut. Sie sollten nun 22 Jahre nach dem Fall der Mauer auch zu dieser Erkenntnis in der Lage sein.

Eike Mewes, Rangsdorf

Bildungsabend

Gesprächsrunde mit Christa Luft

„Ist der Euro noch zu retten?
Zu Aspekten der
gegenwärtigen Finanzkrise“

**am Mittwoch,
dem 05. Oktober 2011
um 17.00 Uhr in der
Kreisverwaltung
Teltow-Fläming
in Luckenwalde**

Bürgermeisterwahlen 2011



Wählen gehen!

Mit dem so genannten Rufbild ist das so eine Sache. Ein Bäcker oder ein Wurstwarenproduzent hat es leicht. Entweder die Schrippen, die Wurst schmecken oder nicht. Das bestimmt dann das Rufbild.

Bei Politikerinnen oder Politikern ist das komplizierter. Oft wird deren für ihre Arbeit wichtiges

Rufbild ferngesteuert. Positiv wie negativ. Wirkungsvolle politische Arbeit jedoch zeigt sich vor allem in konsequenter, transparenter, berechenbarer und kompetenter Haltung. Ver-

folgt man die langjährige Arbeit der Politikerin Maritta Böttcher, dann erkennt man genau diese Haltung. So im Bundestag, als Abgeordnete im Kreistag und nachdrücklich als



Maritta Böttcher, Helmuth Markov und Carsten Preuß

Stadtverordnete in Jüterbog. Ihre kommunalen Ziele müssen alle überzeugen, die für eine bürgerfreundliche und solide, haushälterisch realistische Entwicklung unserer Stadt sind. Es überzeugt, wie sich diese Politikerin für den so genannten Bürgerhaushalt einsetzt. Sie fordert

Transparenz bei den kommunalen Projekten und die weitgehende Mitwirkung der Jüterboger Bürgerinnen und Bürger bei entscheidenden Vorhaben. Sie fordert auch nachdrücklich die Förderung der Mitarbeitermotivation in der städtischen Verwaltung. Nur gemeinsam kann man die kommunalen Probleme und Ziele bewältigen. Das ist es, was Maritta Böttcher in ihren Wahlkampfpapieren mit ihrer Aufforderung zu kommunaler Solidarität meint. Wünschen wir ihr, dass sie alle ihre Vorstellungen als Bürgermeisterin für unsere Stadt verwirklichen kann. Sie ist eine von hier. Eine sympathische Frau, kompetent, erfahren und wie wir auch durch gewisse „Rufbildschreiber“ erfahren haben: Standhaft. Für Jüterbog wäre das eine glückliche Fügung.

Peter Anders, Jüterbog

DIE LINKE Blankenfelde-Mahlow unterstützt Amtsinhaber und SPD-Kandidaten Ortwin Baier. Herrn Baier haben wir in den vergangenen Jahren als durchaus streitbaren, aber stets gesprächsbereiten, sachlicher Kritik und neuen Ideen gegenüber offenen, engagierten und verlässlichen Partner kennengelernt, dessen politische Positionen und Ziele sich in großem Maße mit jenen unserer Partei decken. Aus diesen Gründen haben sich SPD, Bündnis 90/Grüne und LINKE zu einer Wahlempfehlung für die Person Ortwin Baier verständigt. Gleichwohl steht fest, dass wir ihn nach seiner hoffentlichen Wiederwahl nicht mit einem unkritischen Kuschelkurs verwöhnen werden. Für jetzt aber gilt es, mit ganzer Kraft den gemeinsamen Kandidaten Ortwin Baier zu unterstützen. <

Carsten Preuß für Zossen

Wenn Sie eine Wende im Politikstil wollen und einen Bürgermeister, der mit Ihnen für eine starke, freundliche, friedvolle Stadt Zossen, ein ehrliches Miteinander mit allen Bürgern in allen Ortsteilen, eine breite Bürgerbeteiligung, eine breite Übereinstimmung in allen kommunalpolitischen Angelegenheiten, ein offenes Rathaus mit selbstbewussten Mitarbeitern im Dienste des Bürgers arbeitet, dann

**wählen Sie mich, Carsten Preuß,
am 11. September 2011
zum neuen Bürgermeister
der Stadt Zossen.**

IMPRESSUM

Geschäftsstellen: 14943 Luckenwalde, Zinnaer Str. 36, Tel: 0 3371/632267, Fax: 63 69 36, 14913 Jüterbog, Große Str. 62, Tel: 033 72/43269 1, Fax: 443033, 14974 Ludwigsfelde, A.-Tanneur-Str. 17, Tel: 03378/510653
Spendenkonto: 363 302 7415, BLZ: 160 500 00 bei der MBS Potsdam
Redaktionsschluss: 14. September 2011, der nächsten Ausgabe: 19. Oktober 2011
Veröffentlichte Beiträge müssen nicht in jedem Fall mit der Meinung des Herausgebers übereinstimmen. Leserbriefe und Zuschriften sind ausdrücklich erwünscht.
Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Teltow-Fläming,
V.i.S.d.P.: Tina Senst, E-Mail: info@dielinke-teltow-flaeming.de

Termine

14.09.11 14.00 Uhr

Redaktion
Geschäftsstelle Luckenwalde

19.09.11 19.00 Uhr

Kreisvorstand
Geschäftsstelle Luckenwalde

26.09.11 18.30 Uhr

Beratung der BO-Vorsitzenden
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

06.10.11 18.00 Uhr

Linkstreff
Geschäftsstelle Ludwigsfelde

11.10.11 09.30 Uhr

Infostand
Marktplatz Luckenwalde